



Medienmitteilung vom 9. November 2023

Bildungsqualität sichern – jetzt!

Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) und mehrere kantonale Sektionen haben heute an einer Medienkonferenz in Bern den «Aktionsplan Bildungsqualität» vorgestellt. Sie präsentieren darin konkrete Massnahmen gegen den Personalmangel. Die Kantonalsektionen passen diese Vorschläge an die Gegebenheiten vor Ort an und bringen sie mittels Volksinitiativen und weiteren Aktionen in den politischen Prozess ein. Ziel des Aktionsplans ist, dass die Parlamente und Bildungsdirektionen in den Kantonen die Vorschläge prüfen und umsetzen.

«Bildung ist eine Investition in die Zukunft der Schweiz und ihrer Bevölkerung», stellt LCH-Präsidentin Dagmar Rösler heute vor den Medien klar. «Der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz sowie ihre demokratische Stabilität gründen auf fachlich gut abgestützter Bildung für möglichst alle. Die Schülerinnen und Schüler von heute sind die Fachkräfte und die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von morgen. Das ist das wahre Erfolgsmodell Schweiz.»

Aktuell füllen immer mehr Kantone die Personallücken, indem sie Personen ohne Lehrdiplom anstellen. Doch diese Notlösung darf nicht zum Dauerzustand werden, wie Stefan Wittwer, Geschäftsführer von Bildung Bern, ausführt: «Kinder und Jugendliche zu unterrichten, ist eine wichtige und anspruchsvolle Aufgabe. Eine entsprechende Ausbildung ist zwingend, wenn wir unseren Kindern die bestmögliche Ausbildung garantieren möchten.»

Als erste Kantonalsektion steht der Aargauische Lehrerinnen- und Lehrerverband (alv) mit seiner Volksinitiative in den Startlöchern. «Wir starten mit der Sammlung der Unterschriften im Januar», erklärt alv-Präsidentin Kathrin Scholl. «Die Initiative hat zum Ziel, die Bildungsqualität als Auftrag in der Kantonsverfassung zu verankern. So beauftragen wir die Politik, endlich konkrete Massnahmen zu ergreifen.»

Volksinitiativen sind auch in den Kantonen Bern und Zug geplant, in weiteren Kantonen laufen Abklärungen. Wieder einen anderen Weg wählt der Verband Lehrpersonen Graubünden (LEGR): «Wir sind mitten in der Revision des Schulgesetzes», erklärt Geschäftsleiter Jöri Schwärzel. «Damit unsere Anliegen vom Kanton gehört werden, lancieren wir eine Petition als starkes Signal an Regierung und Parlament, dass der Bevölkerung die Bildungsqualität wichtig ist.»

Um den Personalmangel an den Schulen zu bekämpfen, braucht es ein Bündel an Massnahmen. Der LCH und die kantonalen Verbände schlagen im Aktionsplan Bildungsqualität folgende Massnahmen vor. Diese Massnahmen können in den einzelnen Kantonen je nach Situation angepasst werden:

- **Entlastung von administrativen Aufgaben.** Lehrpersonen sollen sich wieder auf den Unterricht konzentrieren können.
- **Stärkung der Position der Klassenlehrperson mit entsprechenden Ressourcen.** Die Klassenlehrperson ist eine wichtige Schnittstelle zwischen Fachlehrpersonen, Schülerinnen und Schüler und Eltern.
- **Mehr Unterstützung für die gezielte Förderung der Schülerinnen und Schüler.** Mittels Teamteaching, Klassenassistenzen oder Einsatz von Schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sollen einzelne Schülerinnen und Schüler gezielt unterstützt werden.
- **Kleinere Klassen und zeitweiser Halbklassenunterricht.** So haben die Lehrpersonen mehr Zeit für das einzelne Kind und die Belastung der Lehrpersonen wird reduziert.
- **Eine Verpflichtung zur Ausbildung für Personal ohne Lehrdiplom.** Dabei ist es wichtig, diese Personen während ihrer Ausbildung finanziell und zeitlich zu unterstützen.
- **Mehr und passendere Angebote für qualifizierte Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger.** Es braucht insbesondere eine Lösung für den Erwerbsausfall sowie berufsbegleitende Studiengänge.
- **Mehr Ausbildungsplätze für Lehrpersonen.** Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, damit die Hochschulen das durch den steigenden Bedarf an Lehrpersonen entstehende Wachstum bewältigen können.
- **Eine angemessene Unterstützung für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger.** Begleitung in der Berufseinstiegsphase und eine gezielte Unterstützung sollen Berufsaustritte verhindern.
- **Eine Angleichung der Löhne und bessere Löhne auf den unteren Stufen.** Kantone mit zu tiefen Löhnen müssen nachziehen, insbesondere auf unteren Stufen.